

# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 3.

Berlin, den 15. April 1917.

12. Jahrgang.

## Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ein Schritt nach vorwärts ist getan. Die Ostertagung in Gotha hat der Opposition den Zusammenschluß gebracht. Das organisatorische Ergebnis der Konferenz erhält aber seine Bedeutung erst durch die Klärung und Verständigung über wichtige grundsätzliche und taktische Fragen, wie sie in Gotha zwischen den bis dahin über das ganze Reich verstreuten und getrennt marschierenden Teilen der Opposition angebahnt wurde. Jetzt wird es sich darum handeln, die gemeinsame Organisation und die gemeinsamen Anschauungen in gemeinsame politische Handlungen umzusetzen, die Forderungen der kommenden Tage geschloffen und entschlossen anzupacken, so wie es die Interessen des Proletariats und der Geist des sozialdemokratischen Befreiungskampfes verlangen.

Auf das Handeln und Wirken kommt es an, die organisatorischen Maßnahmen sind nur Mittel zu diesem Zweck. Sie sind notwendig, wie es notwendig ist, daß wir morgens unsere Kleider und Schuhe anziehen, um zur Arbeit zu gehen, sie sind aber doch nur das äußere Gewand, in dem wir unsere Arbeit verrichten. Es wäre daher eine verkehrte Anwendung der Anregungen, die in Gotha gegeben wurden, wenn wir unsere ganze Tätigkeit jetzt nur auf die rein organisatorischen Fragen richten würden und darüber vergäßen, daß in diesen Tagen den Vorkämpfern für Sozialismus und Demokratie — und das wollen wir doch alle sein — Riesenaufgaben gestellt werden, die nicht allein mit den Paragraphen eines Organisationsstatuts und philiströsen Bedenklichkeiten gelöst werden können.

Es liegt ein glückliches Symbol in dem Namen, den sich die Opposition geben mußte, um ihren Zusammenschluß nach außen zu dokumentieren und um unter einer gemeinsamen Bezeichnung zu gemeinsamem Handeln zu schreiten. Die alten Ziele und die alten Kampftraditionen der Sozialdemokratie klingen aus diesem Namen heraus, wie ja auch das alte Parteiprogramm die prinzipielle Grundlage der neuen oppositionellen Organisation ist. In sie soll die geistige Erbschaft eines Marx und Engels, eines Bebel und Liebknecht rein und unverfälscht übernommen werden, aber nicht als starre Dogmenlehre, sondern angewandt auf die Aufgaben, die eine Weltkatastrophe mit ihren Folgeerscheinungen an uns stellt. Wir wollen an diese Aufgaben herantreten unabhängig von jenen Männern, die den Wagen der alten Partei in das Lager der Regierung lenkten, die als Sozialisten dem Proletariat Steine statt Brot boten, und als Demokraten ihre Verbeugung vor der Monarchie machten, im eigenen Hause aber eine Diktatur errichteten. Unabhängig wollen wir sein von all der Weisheit jener Sozialreformer und Sozialimperialisten, die drüben im entvölkerten Lager der Regierungssozialisten den Ton angeben und der Arbeiterschaft einreden wollen, daß ihr die Staatsmannskunst einiger gottbegnadeter Führer zeigen von dem kapitalistischen Dornen gestrauch pflücken könne. Unabhängig von aller, dem Kriegstrausch entprungene neuen Weisheit wollen wir dem Proletariat den Glauben wieder geben an seine eigene Kraft, an die erlösende Gewalt des Sozialismus und die befreiende Geleise der Demokratie.

In einer schicksalsschweren Stunde ist die alte Sozialdemokratie in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu neuem Leben auferstanden. Wir stehen im dritten Jahre des Weltkrieges. Millionen hat das Völkerringen dahingerafft, Millionen sind zu Krüppeln geworden. Unzählige Sorgen, Schmerzen, Nöte und Entbehrungen lasten auf den Völkern. Unmeßbare Kulturgüter sind vernichtet worden. Rent

des Ozeans, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, den Kämpfenden zu. Die Flammen des Weltbrandes drohen noch gieriger und verzehrender zu lodern, obwohl die ganze Menschheit schmerzlich den Frieden herbeisehnt.

Mitten in dieser Weltkatastrophe bricht im Osten, in dem Lande, in dem bis vor kurzem Zar und Knute herrschten, die Morgenröte einer neuen Freiheit an. Das russische Volk, die russischen Sozialisten haben ihre Fesseln abgeworfen. Ein Volk von 125 Millionen Menschen nimmt jetzt die Gestaltung seiner Geschichte selbst in die Hand. Der Frührotschein der russischen Freiheit leuchtet zu den anderen Völkern herüber. Der Märzwind, der den Knutengeist davonwehte, trägt auf seinen Schwingen die ersten Friedenshoffnungen.

In diesen Tagen weltgeschichtlichen Geschehens sind in Deutschland alle die Kräfte, die rückhaltlos für Sozialismus und Demokratie eintreten, die die Völker-Internationale aus Trümmern, aus Blut und Tränen neu erstehen und eheliche Friedensarbeit leisten wollen, zusammengefaßt worden, um den proletarischen Befreiungskampf in altem sozialdemokratischen Geiste und mit neuer Stoßkraft führen zu können.

Die Männer, die in dieser Kriegszeit an der Spitze der offiziellen sozialdemokratischen Partei standen, die Generalkommission der Gewerkschaften und die Mehrheit der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie haben von Kriegsbeginn an ihren Frieden mit dem Kriege gemacht. Sie haben das Volk über den wahren Charakter dieses Weltkrieges getäuscht und sind zu Bundesgenossen der Mächte geworden, die bisher als Todfeinde des Proletariats galten. Sie tragen ein reiches Maß Mitschuld an der Länge, der Zuchtbarkeit des Krieges und aller seiner Begleiterscheinungen. Dank einer schwächlichen Regierungsträgerei haben sie sich mit leeren Versprechungen abspießen lassen und durch ihre Mitarbeit die Verantwortung für Zustände übernommen, unter denen die werttätige Bevölkerung schwer zu leiden hat. Ihre Friedensdeklamationen sind wertlos, weil sie selbst zur Hilfsstruppe der kriegerischen Gewalten geworden sind und daher im Auslande keinen Glauben finden.

Die Männer, die so die alten, erprobten sozialdemokratischen Waffen von sich geworfen haben, haben innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine Gewalt Herrschaft errichtet, die ein Hohn auf die Demokratie, die Grundlage unseres Organisationslebens, ist. Alle die Parteimitglieder und Organisationen, die im grundsätzlichen Gegensatz zu der ganzen Kriegs- und Friedenspolitik der Parteileitung und der Fraktionsmehrheit standen, sind in einer überreichen Folge von Einzelgewalttaten ihrer Parteirechte beraubt und gewaltsam außerhalb der Partei gestellt worden.

Das alles durften die Anhänger der sozialdemokratischen Opposition nicht ergebnisvoll hinnehmen, wollten sie sich nicht selbst zu politischer Latenzlosigkeit verurteilen. Mitten in gewaltigem Weltgeschehen, mitten in einer politisch bewegten Zeit konnten sie nicht die Hände in den Schoß legen. Sie mußten sich ein neues Haus, eine eigene Organisation schaffen, um politisch wirken zu können. Sie mußten dem alten sozialdemokratischen Geiste eine neue Heimstätte bereiten.

Diese Pflicht der politischen Selbsterhaltung und proletarischen Kampfbereitschaft ist in den Ostertagen in Gotha erfüllt worden. Die oppositionellen Organisationen und Genossen haben eine sich über das ganze Reich erstreckende, einheitliche Organisation geschaffen, die alle die aufnehmen will, die treu zur Sache des internationalen Proletariats halten und den Kampf um Frieden, Freiheit und Brot in altem sozialdemokratischen Geiste führen wollen.

Jetzt ist es an uns, die wir uns zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands kennen, eine rege Werbetätigkeit zu entfalten

und den Arbeitern, vor allem aber auch den proletarischen Frauen, zuzurufen:

„Laßt Euch nicht von denjenigen täuschen, die die Sozialdemokratie zu einer rückgratlosen Reformpartei, die die Arbeiter zu einer Hilfsstruppe des Imperialismus machen wollen. Tragt zu einer Gesundung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung bei. Denn die Wiedergeburt der Demokratie in der politischen Partei wird der Demokratie in den Gewerkschaften wieder zum Siege verhelfen.“

Schließt Euch in Massen der neuen Organisation an! Jeder Einzelne von Euch soll in ihr nach demokratischen Grundrechten wirken, soll teilnehmen am Ringen für die Verwirklichung der Ziele des Sozialismus, soll mithelfen, der gesamten Menschheit schnell den Frieden wiederzubringen, einen Frieden ohne Annexionen, einen Frieden, der in Zukunft eine friedliche Völkerverständigung ermöglicht.“

Machen wir diese Gedanken zur Grundlage unserer Agitation, geben wir der irre geleiteten und irre gewordenen Arbeiterschaft wieder Vertrauen zur Sozialdemokratie, dann werden wir es auch fertig bringen, die deutsche Arbeiterbewegung zu neuer Einheit zu bringen. Dann wird der Kongreß zu Gotha vom Jahre 1917 in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ein genau so bedeutungsvoller Markstein sein, wie es jener Gothaer Kongreß des Jahres 1875 war, der die Lassalleaner und Eisenacher zu einer einheitlichen Partei zusammenfaßte.

Ueber die Einzelheiten der in Gotha beschlossenen Organisation sowie über die politischen Richtlinien, die ihr gegeben wurden, wird noch manches zu sagen sein, wenn die Genossen sich über die Verhandlungen und Beschlüsse unterrichten konnten. Daß die Berichterstattung über die Konferenz unter dem Belagerungszustande mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, braucht wohl angesichts der Erfahrungen, die die Opposition im Laufe der Kriegsjahre machen mußte, nicht erst besonders betont zu werden. Das darf uns aber nicht hindern, mit frischem Mute und verstärkter Energie zu werben und zu wirken für die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

## Organisations-Grundlinien

für die

### Opposition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beschlossen auf der Reichskonferenz vom 6. bis 8. April 1917.)

Die Opposition der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands will im Interesse der Arbeiterklasse eine unabhängige und selbständige Politik betreiben, geleitet von den Grundsätzen und Forderungen des Parteiprogramms, der Parteitagebeschlüsse und der Beschlüsse der internationalen Konferenz.

Sie sieht in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem, zur Kriegspolitik der Reichsregierung und zu der vom Parteivorstand im Regierungsausschusse geführten Politik der nominalen Partei. Zur Unterscheidung von dieser Partei führt die Organisation der Opposition den Namen „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“.

Programm und Organisation der Partei sind nach dem im Kriege neu gewonnenen Erkenntnissen anzuschaffen, was in vollem Umfange erst möglich ist, wenn die im Exerzieren stehenden Parteigenossen zurückgekehrt und die Grundlagen einer freien Aussprache wieder hergestellt sind.

Wie das Programm für die Politik, so bildet bis dahin für die Organisation der Opposition das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Grundlage. Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben.

Nachdem der Parteivorstand den Kriegszustand zur gewalttätigen Entrechnung der oppositionellen Parteimitglieder ausgenutzt und sie widerrechtlich aus der Organisation ausgeschlossen hat, schließt sich die Opposition zu einer selbständigen Organisation zusammen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, einigt sich die Opposition auf folgende

### Grundlinien:

#### Orts- und Wahlkreisorganisationen.

Wo die alten Orts- und Kreisorganisationen sich für die Opposition erklärt haben, bilden sie die Grundlage der Organisation. In den übrigen Orten und Kreisen ist eine selbständige Organisation der Opposition ins Leben zu rufen. Angestellte des Kreises wählt und befolgt die Kreisorganisation.

#### Bezirksorganisationen.

Die Wahlkreisorganisationen schließen sich zu Agitationsbezirken zusammen und wählen eine Bezirksleitung zur Führung der gemeinsamen Geschäfte. In jeder Bezirksleitung muß eine Genossin sein. Angestellte des Bezirks wählt und befolgt die Bezirksorganisation.

#### Zentralleitung.

Die Geschäfte der Opposition führt eine Zentralleitung.

Die Zentralleitung besteht aus einem Aktionskomitee und einem Beirat. Das Aktionskomitee ist aus Berlin und Umgebung, der Beirat aus den übrigen Bezirken zu wählen.

In den Sitzungen der Zentralleitung haben die Mitglieder des Beirats dieselben Rechte wie die Mitglieder des Aktionskomitees.

Das Aktionskomitee besteht aus zwei Vorsitzenden, dem Stabschef, den Schriftführern und den Beisitzern; darunter muß eine Genossin sein. Befolgte Mitglieder des Aktionskomitees haben nur beratende Stimme.

Die Zentralleitung ist nicht befugt, Bezirks- oder Kreisangestellte zu befehlen. Etwas Zusätze zu deren Befolgung hat sie an die Bezirks- oder Kreisleitung abzuführen.

Der Zentralleitung oder ihren Mitgliedern ist es nicht gestattet, in irgendeiner Form Eigentumsrechte an den geschäftlichen Unternehmungen der Partei, insbesondere den Partei-Zeitungen oder Druckereien zu erwerben.

#### Kontrollauschuss.

Die Kontrolle der Zentralleitung übt ein Kontrollauschuss, der auch über Beschwerden gegen die Zentralleitung entscheidet.

#### Wirkung der Bezirke.

Vor wichtigen politischen Maßnahmen hat die Zentralleitung die Vertreter der Bezirke zur Beratung zusammenzuberufen; sie muß es, wenn mindestens ein Drittel der Bezirke dies beantragt.

#### Frauenrechtsauschuss.

Die weiblichen Mitglieder der Bezirksleitungen werden als Frauenrechtsauschuss nach Bedarf zusammenberufen, um die Maßnahmen zur Förderung der Frauenbewegung zu beraten und anzulegen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn ein Drittel der Mitglieder sie beantragt.

#### Urabstimmung.

Um das Schwerkraft der politischen Aktion in die Massen zu verlegen, ist bei allen wichtigen Entscheidungen, die die Haltung der Partei für längere Zeit festlegen, Urabstimmung herbeizuführen, vorausgesetzt, daß die technischen Möglichkeiten dazu vorhanden sind.

#### Beitragsleistung.

Die Organisationen der Opposition erheben die Beiträge in der bisherigen Weise weiter und führen mindestens 20 Prozent derselben an das Aktionskomitee ab.

#### Reichskonferenz.

Auf Beschluss der Zentralleitung oder der Mehrheit der Bezirksvertreter hat eine Reichskonferenz stattzufinden, deren Zusammensetzung, Verhandlung und Beschlußfassung sich sinngemäß nach den Bestimmungen über den Parteitag regeln.

Der Reichskonferenz hat die Reichstagsvertretung der Opposition über ihre parlamentarische Tätigkeit Rechenschaft abzulegen, ebenso die Zentralleitung über die Führung der Parteigeschäfte.

Die Reichskonferenz bestimmt die Zahl der Mitglieder des Aktionskomitees, des Beirats und des Kontrollauschusses und wählt alle Mitglieder dieser Körperschaften.

#### Schlussbestimmung.

Die sinngemäße demokratische Anwendung des Organisationsstatuts ist im übrigen Sache der Orts-, Kreis- und Bezirks-, denen im Rahmen der Organisation weitgehende Selbstständigkeit und Aktionsfreiheit zu gewähren ist, unter der Voraussetzung, daß bei allen von den zuständigen Organisationen beschlossenen Aktionen geschlossen zu handeln ist; in jedem Ort, Kreis oder Bezirk darf nur eine Organisation bestehen.

Anwesend waren in Gotha 143 Teilnehmer. Davon sind 124 von Wahlkreisen delegiert, dazu kommen 15 Reichstagsabgeordnete und 4 sonstige Teilnehmer. 91 Wahlkreise haben Delegierte entsandt, darunter

Östpreußen	3	Delegierte aus 2 Wahlkreisen
Westpreußen	1	" "
Gr. Berlin	23	" "
Brandenburg	2	" "
Pommern	2	" "
Schlesien	2	" "
Magdeburg	3	" "
Halle	6	" "
Erfurt	4	" "

Dazu kommen aus Gr. Thüringen 11 Delegierte zusammen aus 10 Wahlkreisen, Schleswig-Holstein 9 Delegierte, darunter aus Hamburg 5, zusammen 6 Wahlkreise

Westfalen	2	Delegierte aus 2 Wahlkreisen
Reifen-Raissa	8	" "
Ober- und Niederrhein	7	" "
Hannover	1	" "
Bayern	4	" "
Württemberg	3	" "
Sachsen	4	" "
Sachsen	3	" "
Sachsen	17	" "
Braunschweig	5	" "
Bremen Nordwestdeutschland	4	" "

Beauftragungen der anwesenden Delegierten sind nicht erfolgt.

In die Zentralleitung wurden gewählt: Haase, Ledebour, Vorsitzende; Dittmann, Frau Fleß, Sekretäre; Hoyer, Wenzels und Laubert, Beisitzer.

In den Beirat wurden folgende Genossen entsandt: Dexter-Braunschweig, Dittmann-Hamburg, Henke-Bremen, Dittmann-Frankfurt, Gräß-Kemscheid, Banse-Halle, Schnellbacher-Danau.

Ueber die Verhandlungen wird ein besonderer Bericht herausgegeben.

### Ein neuer Gewaltstreik vollendet.

In der Nummer 2 des Mitteilungsblattes berichteten wir über den Versuch eines neuen Gewaltstreikes, den der Parteivorstand und seine Gesinnungsgenossen gegen ein oppositionell gesinntes Parteiblatt unternommen hatten, der aber dank der Aufmerksamkeit und Energie der Parteigenossen abgeblasen werden konnte. Nun ist aber der „Volksfreund“ in Braunschweig, um den es sich handelt, doch der Hinterhältigkeit und Tücke seiner Widersacher zum Opfer gefallen. Aus einem linksradikalen Blatt ist er lebt, so wie vor ihm verschiedene andere Blätter, zu einem Organ der Sozialimperialisten gemacht worden. Der Widerstand unserer Braunschweiger Genossen war zu schwach, um die sich auf die Hilfe der Behörden und des Belagerungszustandes stützenden Gewaltpolitiker dauernd in Schach zu halten.

Nachdem der erste Versuch, den „Volksfreund“ seinen Eigentümern, nämlich den Braunschweiger Parteigenossen, zu rauben, mißglückt war, fanden die Mehrheitsapostel auf Mittel, um doch noch zu ihrem Ziele zu gelangen. Und sie fanden diese Mittel, so gut wie sie sie bei anderen Gelegenheiten gefunden hatten. In erster Linie galt es, den treu zur Opposition haltenden Geschäftsführer Stegmann zu beseitigen, der mit den beiden Genossen Niese und Ohlendorf zusammen in das Handelsregister als Firmenträger des Braunschweiger Parteigeschäfts eingetragen war. Der seinerzeit geschlossene Gesellschaftsvertrag sah auch ein Schiedsgericht vor, das bei Streitigkeiten zwischen den Firmenträgern schlichtend eingreifen sollte. In dem Gesellschaftsvertrag war ferner bestimmt worden, daß die Mitglieder dieses Schiedsgerichts auf Lebenszeit gewählt sind. Zwei Mitglieder dieses Schiedsgerichtes, von denen der eine im Felde steht und der andere krank ist, hatten ihre Ämter niedergelegt, aber nicht etwa in die Hände ihrer Wähler, sondern in die der Kommission selbst. Die Kommission ernannte nun an Stelle dieser ausgeschiedenen Mitglieder zwei neue, natürlich waren dies ihre Gesinnungsgenossen. Dann beschloß die Schiedskommission, daß der bisherige Geschäftsführer Genosse Stegmann wegen Unfähigkeit seines Postens zu entheben sei und als Firmenträger auszuweisen habe. Auf Grund des gegen Genossen Stegmann gefällten Schiedsurteils erwirkten Ohlendorf und Niese eine vorläufige gerichtliche Verfügung. Mit dieser Verfügung und einem Gerichtsvollzieher erschienen am Mittwoch, den 4. April, Niese und Ohlendorf und mit ihnen die Herren Otto Braun vom Parteivorstand und der Parteigeschäftsrevisor Heinrich. Dem Genossen Stegmann, sowie den in der Expedition angestellten Genossen Merges und Fleming wurden mit Gewalt Bücher und Geld abgenommen, dann erschienen auch wieder die wegen ihrer oppositionsfeindlichen Haltung entlassenen Seher und Drücker und nun sollte der „Volksfreund“ ein neues Gesicht bekommen. Da erschienen aber wieder die Braunschweiger Arbeiter auf dem Plan, und nach kurzer Zeit waren die frechen Eindringlinge auf die Straße gesetzt. Dem Parteivorstandsmittglied wurde dabei so übel mitgespielt, daß er winselnd um Gnade bat und mit zerschundenen Gliedern den Schauplatz hinkend verließ. Aber trotzdem, der Raub war nicht dauernd zu verhindern, denn das formelle Recht war auf Seiten der Räuber, die ja als gerichtlich eingetragene Firmenträger vor dem Gesetz als Eigentümer gelten. Sie haben das Vertrauen, das ihnen die Arbeiter geschenkt haben, ebenso schwer mißbraucht wie ihre Gesinnungsfreunde in anderen Orten. Den Arbeitern in Braunschweig bleibt vorläufig eben auch nichts weiter übrig, als gegen diesen Gewaltstreik zu protestieren und öffentlich den schändlichen Vertrauensbruch zu brandmarken. Das haben sie denn auch in deutlichster Weise bereits getan. Das Gewerkschafts-

kartell und die Gewerkschaftsvorstände, die in Braunschweig zur Opposition stehen, haben am Donnerstag, den 5. April, einmütig den schärfsten Protest erhoben und die Macher des Gewaltstreiks als Schädlinge in der Arbeiterbewegung gebrandmarkt.

#### Die Resolution lautet:

„Die Vorstände der Gewerkschaften und das Gewerkschaftskartell erklären: Niese-Ohlendorf haben als Firmenträger der Firma S. Niese & Co. nicht die Interessen und Wünsche der die Firma stützenden Gewerkschaftsorganisationen vertreten, sie vielmehr verraten. Sie benutzten ein allen demokratischen Grundfähen hohnsprechendes Schiedsgericht, das wie das preussische Herrenhaus zusammengesetzt und ernannt wird, um die Braunschweiger Arbeiterkraft zu verewaltigen. Ein solch verächtliches Handeln wird von den Vertrauensleuten der Gewerkschaften entsprechend eingeschätzt. Wer die Interessen seiner Mandatgeber derart mit Füßen tritt wie Ohlendorf und Niese, der muß als Verräter gebrandmarkt werden. Schon das einfachste Anstandsgefühl hätte eine solche Komödie verhindern müssen, wie es die Niese, Ohlendorf mit ihren famosen „unparteiischen“ Schiedsrichtern, ien Gelpke, Küther, Reeter, Jasper, Knoblauch inszeniert haben, um den „Volksfreund“ den Händen der Braunschweiger Arbeiter zu entwenden, und ihn der Fraktionsmehrheit auszuliefern. Die Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten halten solche Komödien innerhalb der Arbeiterbewegung für verächtlich und ihre Akteure und Mithelfer für Schädlinge in der Arbeiterbewegung. Das moralische, das demokratische Recht, das von jenen Elementen so brutal verewaltigt worden ist, verlangt die Entsetzung solcher undemokratischer Elemente, wie es die Vergewaltiger der Rechte der Braunschweiger Arbeiterschaft sind, aus der Arbeiterbewegung.“

Die Versammlung erkennt jene Leute nicht mehr als Arbeitervertreter an und verlangt, daß jene Herren ihre sämtlichen Ämter und Mandate in die Hände ihrer Mandatgeber niederlegen, die ihnen von der Braunschweiger Arbeiterschaft übertragen worden sind.“

Die Herren Niese, Ohlendorf und Konsorten werden allerdings auf dieses Mißtrauensvotum, das ihnen aufgestellt wurde, pfeifen, ebenso wie sie und ihre Spießgesellen im Reiche auf alle demokratischen Grundfähen und Anstandsregeln gepfiffen haben. Für sie ist der Augenblickserfolg maßgebend, und den können sie triumphierend nach Hause tragen. Aber einst wird auch für sie der Tag der Abrechnung kommen. Dann werden sich die so schändlich betrogenen Arbeiter auch in Braunschweig wieder in ihre alten Rechte einsetzen können. Diejenigen aber, die jetzt mit kaltem Schnäbeln die Rechte der Arbeiter mit Füßen treten, werden dann auch ihren verdienten Lohn empfangen.

### Um das preussische Herrenhaus.

Preußen ist der Hort der Reaktion in Deutschland. Kein Einzelstaat in Deutschland außer Mecklenburg genährt dem Volke so wenig politische Rechte wie Preußen. Nun hat der Kaiser zu Ostern eine Kundgebung erlassen, in der die Beseitigung des preussischen Stimmwahlrechts angekündigt wird. Von der Einführung des gleichen Wahlrechts ist in dem Erlasse keine Rede, aber davon, daß die Wahlrechtsfrage erst später — nicht sofort — in Angriff genommen werden soll.

Die zweite Kammer, das preussische Herrenhaus soll bleiben, sie soll reorganisiert, nicht abgeschafft werden. Welchen Charakter diese Adelskammer hat, ist in der letzten Nummer unseres Blattes näher dargestellt. In dem kaiserlichen Erlaß heißt es in bezug auf das preussische Herrenhaus:

„Die Verdienste des Herrenhauses und seine weitende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigem Umfang als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.“

Hiernach bestände die Aussicht, daß dem Herrenhaus neues Blut zugeführt werden soll. Es behält das Vetorecht gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und kann jederzeit diese Beschlüsse nichtig machen — selbst dann, wenn das Abgeordnetenhaus noch so demokratisch zusammengesetzt sein sollte.

Unsere Stellungnahme zum Herrenhaus ist im letzten Artikel dargelegt. Hier hilft keine Reorganisation, keine Berufung eines Scheidemann, Legien, Bauer. Das preussische Herrenhaus muß verschwinden.

## Aus der Bewegung.

Die Berliner Regierungssozialisten unter sich. Mit ihrer Sammlung sind die Berliner Regierungssozialisten am Ende angekommen. Gewerkschafts- und Parteiangehörige, auch Konsumgenossenschaften haben sich mit einigen anderen Durchhaltern, die aber auch direkt oder indirekt besondere persönliche Interessen wahrnehmen, zusammengefunden und eine Reorganisierung begründet. Die große Masse der Arbeiter in Berlin bleibt den Herrschenden fern — vernünftigerweise. Jetzt sind die Vorbereitungen soweit gediehen, daß sie sich enger zusammenschließen wollen zum Bezirksverband. Generalversammlungen sind für die einzelnen Kreise von den Diskussionsblättern einberufen, in denen zum Bezirksstag Stellung genommen werden soll. Auch eine Pressekommission soll geschaffen werden und zwar für den Vorwärts-„Vorwärts“. Der Kampfparteivorstand hat seinen getreuen Schildhalter eine Pressekommission zugeordnet, die zwar nichts zu bestimmen hat — denn nach Meinung des Parteivorstandes ist ja der „Vorwärts“ Zentralorgan — aber man hält auf den Schein. Man muß doch so tun, als ob so eine Pressekommission etwas mitzureden hätte. So lange diese Kommission sich von Fischer und Scheidemann gebrauchen läßt ist sie gut. Wird sie rabiat und will einen eigenen Willen durchsetzen, so werden die Mäcker und Schieber schon die Säbne zeigen. Das wird aber nicht eintreten, dafür wird schon Sorge getragen werden. Der „Vorwärts“ wird seinen jetzigen Charakter behalten, wenn man überhaupt noch von Charakter reden darf. In Wirklichkeit ist dieses Blatt charakterlos, ohne jeden Grund, nur mit der Absicht geleitet, nach oben zu gefallen und für Scheidemann kürzlich in der widerlichsten Weise Reklame zu machen.

Desto niederträchtiger tritt es gegen die Opposition auf, die es in der hämischsten, unehrlichsten Weise bekämpft und befudelt.

Speichellegend nach oben — brutal nach unten, ist die jetzige Vorwärtsparole. Immer mehr Arbeiter wenden sich glücklicherweise von der ekelhaften Schreibweise des „Vorwärts“ ab. Da wird auch keine Pressekommission helfen können. Man sollte es überhaupt für unmöglich halten, daß sich noch Leute finden, die das ihnen zugeworfene Amt eines Mitgliedes der Pressekommission unter den gegebenen Umständen annehmen. Wer etwas auf sich hält, kann nicht in eine Kommission gehen, in der er nur eine Kataienrolle zu spielen berufen ist. Aber unsere Regierungssozialisten fragen nicht darnach. Damit begeben sie sich aller Rechte, von ehrlichen Arbeitern als ehrliche Kampfgenosser betrachtet zu werden. Überall rücken die Arbeiter von diesen Leuten immer weiter ab. Und sie tun recht daran!

Die Reuenerkommission als Aufsichtsinanz für das den Berliner Genossen gehörige Druckereiu-nternehmen hat eine Zusammenkunft gehabt, in der der Firmenträger Ebert einen Antrag vorlegte, nach dem in Zukunft nur Personen der Reuenerkommission angehören können, die Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seien. Der Antrag richtete sich gegen die Genossen Schwan vom 2. Kreis und Dinge vom 8. Kreis. Bisher sollte es immer vermieden werden, dem Unternehmen einen parteipolitischen Charakter zu geben, um Schwierigkeiten zu begegnen. Jetzt hielt man aber den Zeitpunkt für gekommen, unbequeme Genossen los zu werden. Natürlich beschloß die Kommission die Annahme des Antrages und damit den Ausschluß der genannten Genossen.

Mit dem Fall Borchardt beschäftigte sich am 1. April eine Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins für Teltow-Beeskow. Der Kreisvorsitzende, Genosse Zirkel, unterbreitete der Generalversammlung folgenden Antrag des Kreisvorstandes:

Die am 12. 3. 17 tagende Kreisvorstandssitzung verurteilte aufs schärfste die Handlungsweise des Genossen Borchardt, die in seiner Verfälschung des Geleitwortes zum Buch Erdmann und die Sozialdemokratie von Karl Erdmann zum Ausdruck kommt. Sie sieht in seinem Verhalten einen Mißbrauch des ihm seitens der Genossen entgegengebrachten Vertrauens und schlägt der Generalversammlung vor, über seinen Posten im Kreisvorstand anderweitig verfügen zu wollen.

Genosse Zirkel gibt dann in kurzen Worten die Begründung. Trotz der eingangs des Buches gebrauchten scharfen radikalen Phrasen sei es doch zu verwerfen; denn es sei ein Unding, daß man als radikaler Sozialdemokrat den uneingeschränkten U-Bootkrieg gegen England aufheizen könne. Und zu solch einem Buche habe der Genosse Julian Borchardt ein Geleitwort geschrieben. Es sei ganz klar ersichtlich, daß ein derartiges Buch mit einem Geleitwort von einem radikalen Genossen, wie Borchardt es ist, in den Reihen der oppositionellen Genossen Verwirrung anrichten müsse. Der internationalen Sozialdemokratie wird dadurch nicht gedient, sondern gerade das Gegenteil werde erreicht. Genosse Borchardt sei von Schuld nicht freizusprechen, er hätte vorsichtiger in dieser Angelegenheit handeln müssen. Aus diesen Gründen sieht sich der Kreisvorstand veranlaßt, der Generalversammlung den befanntgegebenen Antrag zu unterbreiten. Borchardt habe das Mandat von der Kreisgeneralversammlung empfangen, möge diese nun auch darüber weiter verfügen.

Borchardt vermischt zunächst in Zirkels Rede die nötige Schärfe. Er weist auf jeden Vorwurf zurück, daß er etwa seine Gesinnung verkauft habe oder gar beiseite geworfen sei, auch das weise er zurück, daß er dabei ein gutes Geschäft gemacht. Er habe weiter nichts als sein Honorar erhalten. Wenn jemand in den Kreisvorstand gewählt sei und er sich dann nach Ansicht verschiedener dieser Ehre nicht würdig erweise, dann kramt man den Volksgeist hervor und schiebt über ihn zu Gericht. Es sei doppelte Moral, mit der gemessen wird. In verschiedenen Zeitungen sei eine Besprechung des Erdmannschen Buches erschienen

und überall sei zwischen den Zeilen herauszuleiten, daß der Verleger resp. Autor den verschiedenen Genossen, denen man das Schreiben des Geleitwortes angeboten, hohes Honorar in Aussicht gestellt hatte. Die Genossen deuten das nun so, als wenn auch ihm (B.) derartig hohes Honorar gezahlt worden wäre, was allerdings nicht der Fall sei. Er nenne dieses Zwischen-den-Zeilen-schreiben diplomatische Verleumdung, jedoch habe er sich ja jetzt seit einer Reihe von Jahren an solche Verleumdungen gewöhnt. Unter den Blättern, die ihm gewissermaßen Intonsequenz wegen des Schreibens des Geleitwortes vorwerfen, ist auch der Braunschweiger Volksfreund zu nennen, und dieses Blatt, das die Genossen von Teltow-Beeskow als ihr Blatt im Kreise propagieren, bringt im redaktionellen Teil auch eine Anzeige in Sperrdruck: „Verwandelt euer Geld in U-Boote, zeichnet zur Kriegsanleihe!“ Was man ihm also zum Verbrechen mache, werde bei anderen gutgehen; trotzdem es bei etwas gutem Willen der Redaktion eine Leichtigkeit gewesen wäre, gerade diese Anzeige auch gegen den Willen des Geschäftsführers aus dem redaktionellen Teil zu entfernen. Auch hier wieder doppelte Moral. Der Redner verliest dann das von ihm geschriebene Geleitwort sowie auch eine an die Leipziger Volkszeitung gerichtete Berichtigung, die diese aber bis heute, den Tag vor der Generalversammlung, noch nicht gebracht habe. Zum Schluß erklärt B., daß er sich keine Vorschriften machen lasse, wo er reden oder schreiben soll. Erdmann habe gehofft, durch sein Buch dem Frieden zu dienen, den Krieg abzukürzen. Das Urteil über sein Verhalten überlasse er der Generalversammlung.

Die in der Diskussion sprechenden Genossen verurteilten sämtlich die Handlungsweise des Genossen B. und empfahlen der Generalversammlung die Annahme des vom Kreisvorstand vorgelegten Antrages. Borchardt erklärt dann in seinen Schlussausführungen noch, daß er dem in der Diskussion ausgesprochenen Wunsch nach Nennung des Honorars nicht nachkommen werde. Denn wenn er die Summe nenne, so gebe er zu, daß er nötig habe, sich zu rechtfertigen, und dieses Bedürfnis habe er gar nicht. Nachdem die Generalversammlung vom 25. März d. J. beschlossen habe, sich der Arbeitsgemeinschaft anzuschließen, könne er ja sowieso nicht mehr länger im Verein bleiben, vorausgesetzt, daß der Zusammenschluß perfekt werde. Doch ist ja dieses ein Sache, die er erst seinem Ort mitteilen werde.

Die Abstimmung ergibt: für die Auffassung des Genossen Borchardt keine Stimme, für die Auffassung des Vorstandes, daß das Vorgehen des Genossen B. der Opposition nicht nützt, sondern sie schädigt, einstimmige Billigung und Annahme seines Antrages.

Da in der letzten Generalversammlung vom 25. März bereits Erbschaften vorgenommen waren, ist für den Gen. Borchardt eine Erbschaftswahl nicht nötig.

Die Generalversammlung war aus 16 Orten besucht.

Die Opposition marschiert. Am Sonntag, den 1. April nahm der Ortsverein Bordesholm Stellung zu dem Aufruf des Parteivorstandes und der Kreis- und Bezirksvorstände von Schleswig-Holstein. In einer längeren Geschäftsordnungsdebatte erklärte der Kreissekretär Pöller, die Versammlung zu verlassen, wenn „derartige Personen“, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Partei zu zerstören, nicht des Saales verwiesen werden. Gemeint waren damit einige oppositionelle Genossen aus Kiel. Die Versammlung lehnte ein derartiges Ansehen ab, worauf Pöller und einige Mehrheitsanhänger das Lokal verließen. Folgende Resolution wurde gegen 3 Stimmen angenommen:

### „Resolution.“

Der Aufruf des Parteivorstandes sowie die Erklärung der Kreis- und Bezirksvorstände von Schleswig-Holstein atmet den Geist größter Unduldsamkeit gegen alle Genossen, die in der Politik des 4. August ein Aufgeben der alten, bewährten sozialistischen Grundätze erblicken. Nach beiden Erklärungen sollen diejenigen Genossen, welche die Politik der Reichstagsfraktion verwerfen, als aus der Partei ausgeschlossen erklärt, an Orten, wo die ganze Organisation diese Politik verwirft, sollen Gegenorganisationen gegründet werden. Eine Aufforderung zur Spaltung der Partei. Eine derartige Politik mitzumachen, lehnt der Ortsverein Bordesholm ab. Der Verein schließt sich der Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Partei an und überträgt die Vertretung seiner Interessen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Gemahregelt wurde in Dresden der vom Gewerkschaftskartell angestellte Genosse Weise. Er wurde gekündigt, weil er sich zur Opposition bekannte. Anwer den Regierungssozialisten nicht annehm ist, wird seiner Existenz beraubt und auf die Strafe geworfen. Daneben handelt diese Gesellschaft noch, daß in ihrer Partei Meinungsfreiheit herrsche.

Stoßschläge auf den Wagen. In seiner Nummer vom 5. April schreibt der „Vorwärts“ unter obiger Überschrift:

„Die mutige Rede des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Stresemann für den Parlamentarismus und sofortige Neuorientierung ist dem rechtsnational-liberalen Arbeiterführer stark auf die Nerven gefallen. Der „Deutsche Kurier“ hatte bereits vor einigen Tagen ausgesprochen, daß „weite nationalliberale Kreise im Rheinland“, hinter denen sich natürlich die rheinische Schwerindustrie verbirgt, nicht derselben Meinung seien, wie die nationalliberale Reichstagsfraktion. In noch schärferer Weise rufen die sächsischen Industriellen durch ihr Organ, die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“, Herrn Stresemann, als ihren Angestellten, zur Ordnung.“

Herr Dr. Stresemann ist Syndikus des Verbandes der sächsischen Industriellen; wir haben das Gefühl, daß die Haltung des Reichstagsabgeordneten mit den Pflichten des beamteten Vertreters

der sächsischen Großindustrie in Widerspruch geraten sei nicht nur in bezug auf das jugendliche Ungeköm, mit dem sich Herr Dr. Stresemann der Forderung des liberalen Zeitgeistes sofortiger Neuorientierung anpaßt, sondern auch in seiner Auffassung über die Grenzen der Kompetenzen des Reiches gegenüber den Bundesstaaten.“

Dies wird Herrn Stresemann ziemlich unverblümt mit der Entziehung seiner materiellen Existenz gedroht, falls er nicht von seinem jugendlichen Ungeköm in politischen Fragen lassen werde. Die Arbeitermoral, die betanulich in dem Satz Ausdruck findet: „Des Brot ich esse, des Pief ich singe“, sieht sich hier ein schönes Denkmal.“

Diese Zeilen schreibt der „Vorwärts“. Man ersehe den Namen Stresemann durch den Namen eines gemahregelten Redakteurs oder eines Bezirkssekretärs und den Verband der sächsischen Industriellen mit dem Namen des Parteivorstandes. Dann paßt die Notiz wörtlich auch auf die Regierungssozialisten. Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.

Ein abgeschlagener Anschlag des Parteivorstandes. Aus Frankfurt a. M. wird uns geschrieben: Der Frankfurter Bezirksverband, im besonderen dessen Bezirksvorstand und Sekretär, waren dem Parteivorstand wegen ihrer oppositionellen Haltung schon seit geraumer Zeit ein Dorn im Auge. Darum setzte bereits vor Jahresfrist die erste Zusuhnenziehung durch die Zentralkasse der Partei ein. Andere Maßnahmen folgten. Bezirksvorstand und Bezirkssekretär wurden mit hochnotpeinlichen „Verfahren“ vom Parteivorstand bedacht. Ab 1. Oktober v. J. wurde jeder Zutritt an den Bezirksvorstand eingestellt. Zusuhnanträge der Wahlkreisorganisationen Hanau und Dösch lehnte der Parteivorstand nicht nur ab, sondern schritt obendrein zur „Beschlagnahme“ von Geldern, die den genannten Kreisorganisationen aus dem zur Ausbildung gelangten Waisfonds zustanden. Begründung: reinerende Pflichtbeiträge an die Parteikasse. Mit solchen Streichen glaubte der Parteivorstand die Bezirksorganisation und deren einzelne Glieder lahmlegen zu können. Doch diese finanzielle strangulierung zog nicht. Aufrecht und entschieden kämpften Bezirksverband und Wahlkreise weiter gegen die Gewalttätige des Parteivorstandes und seiner Helfer, verfolgten die Sache der Opposition. Am 19. v. M. ging nun dem Bezirkssekretär vom Parteivorstand folgendes Schreiben zu:

Herrn Parteisekretär A. Dismann, Frankfurt a. M. B. G.! Da Ihre Tätigkeit, wie Sie sie nunmehr gestaltet haben, geeignet ist, die Partei zu schädigen, anstatt sie zu fördern, wird Ihnen hiermit auf Beschluß des Parteivorstandes Ihre Stellung als Bezirkssekretär zum 30. Juni 1917 gekündigt. Gleichzeitig ist beschlossen worden, Sie Ihres Postens als Bezirkssekretär sogleich zu entheben. Wir erlauben Sie daher, alle Einrichtungen des Sekretariats sowie die Schlüssel zum Bureau dem Sekretär der Kreisorganisation Frankfurt, Genossen Wittich, zu übergeben, den wir mit der vorläufigen Erledigung der Sekretariatsgeschäfte betraut haben. Mit Parteigruß J. A.: D. Braun.

Am 20. März morgens erschien Braun in höchst-eigener Person — begleitet von Wittich — im Bezirksbureau, um von Genossen Dismann Material und Schlüssel zu verlangen. Letzterer setzte ihm in Ruhe auseinander, daß dazu der Parteivorstand kein Recht habe. Dismann konnte mit Recht auf Organisationsstatut wie auf die Beschlüsse seiner zuständigen Bezirksorganisation hinweisen, welche letzterer er untersteht, in deren Auftrag und deren Kontrolle er arbeitet, der er Verantwortung schuldet. Nach einigem Hin und Her zogen Braun und Wittich unverrichteter Sache von dannen.

Indem Braun darauf hinwies, daß der Parteivorstand den Gehalt des Bezirkssekretärs bezahle und dem Bezirk in der Vergangenheit Zuschüsse aus der Hauptkasse gewährte, kontrüerte er in lächerlichem Salomortale, daß die Einrichtungen des Bezirkssekretariats dem Parteivorstand gehören, dieser das Zimmer des Sekretariats gemietet habe usw., also über alles Eigentum und Einrichtungen der Bezirksorganisation verfüge. Höher gehts nimmer! In Wirklichkeit stellt die Bezirksorganisation eine durchaus selbständige Körperschaft dar. Sie hat ihre eigene Kassenverwaltung mit bestimmten Pflichtbeiträgen der einzelnen Wahlkreise ihres Bezirks, ihr eigenes Statut, der Bezirksvorstand, der lediglich der Bezirksorganisation Rechenschaft schuldet und von dieser gewählt wird, mietete das Bezirksbureau, nahm Anschaffung und Bezahlung der Bureaueinrichtungen des Bezirkssekretariats vor usw. Statut: der Bezirksorganisation wie Wahl des Bezirksvorstands sind dem Parteivorstand lediglich mitzuteilen. So befragt denn auch § 3 des Organisationsstatuts der Partei:

Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt, diese Statuten dürfen nicht mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei im Widerspruch stehen und sind innerhalb einer Woche dem Parteivorstand einzureichen. In gleicher Frist haben die Vorstände ihre Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

Und von der Tätigkeit der Bezirkssekretäre heißt es in den Materialien für Organisationsleiter im § 2 der Anweisung für die Bezirks- und Landessekretäre:

Die Tätigkeit der Sekretäre wird, abgesehen von den direkten Aufträgen des Parteivorstandes, im Auftrage und unter der Kontrolle der Bezirks- oder Landesorganisation ausgeübt.

Die Rechtslage ist klar. Eigentümer der Einrichtungen des Bezirkssekretariats ist der zuständige Bezirksverband. Er hat durch seinen Bezirksvorstand Anschaffung und Bezahlung vollzogen, er ist Mieter und Verwalter des Bureaus und Besitzer dessen Einrichtungen. Dadurch, daß der Parteivorstand in der

Vergangenheit der Bezirksorganisation, soweit dieselbe mit ihren regelmäßigen Einnahmen nicht auskam, als eine gemeine Zulage aus der Parteikasse leistete, kann er nicht nachträglich ein Eigentumsrecht willkürlich konstruieren. Schließlich wollen wir noch hinweisen auf den einmütigen Beschluß, den das erweiterte Agitationskomitee Frankfurt a. M. in seiner letzten Sitzung vom 1. März d. J. faßte. Derselbe lautete:

In Berücksichtigung des Vorgehens des Parteivorstandes gegenüber einer Reihe von Bezirksverbänden, Wahlkreisorganisationen, Parteigeschäften und -Institutionen, legt die heutige Sitzung dem Bezirksvorstand die Pflicht auf, alles zu tun, um entsprechend unserer Beschlüsse den bisherigen Bezirksverband des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. mit allen seinen vorhandenen Einrichtungen zu erhalten und gegen alle Sprengungsversuche und Einschnitte zu sichern.

Klapp und klar ist in diesem Beschluß die Stellung der zuständigen Bezirksorganisation gegenüber dem verachteten gewalttätigen und rechtswidrigen Eingriff des Parteivorstandes niedergelegt. Mit Recht konnte sich Genosse Dikmann als Bezirkssekretär darauf stützen und die Zustimmung Branns entschieden zurückweisen. Hinter ihm und dem Bezirksvorstand steht die Bezirksorganisation, steht das Recht.

In Bayern hat kürzlich eine Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Bayerns getagt, an der auch Scheidemann teilnahm, neben Dr. Südekum. Dort wurde folgende Entschlieung gefaßt:

„Die Meinungsverschiedenheiten über die Grundsätze und Taktik der Sozialdemokratie werden jetzt in einer überaus scharfen und dem Geiste unserer Partei widerstrebenden Weise ausgetragen, die ohne Beispiel ist in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.“

Die Landeskonferenz lehnt es ab, zu urteilen, ob eine der Gruppen allein oder ob allen ein, wenn auch verschiedener Grad der für die Lage der Partei zu tragenden Verantwortung zufällt.

Die Landeskonferenz sieht die Aufgabe der sozialdemokratischen Organisationen in der Zusammenfassung aller Kräfte der auf dem Boden des Sozialismus stehenden Arbeiterschaft, um die Macht der Arbeiterklasse in aller Stärke in Erscheinung treten zu lassen. Dies erachtet um so dringlicher, als in der Zeit des von uns allen gewünschten baldigen Friedensschlusses und der sich daran anschließenden Periode intensiver gesellschaftlicher Arbeit bei der Erledigung folgenreicher Steuerfragen, einschneidender Monopolprobleme, harter Konflikte mit den Unternehmern, vielfacher Erörterungen über die verprochenen Neuorientierungen das Gewicht der Arbeiterschaft mit aller Macht in die politische Waagschale geworfen werden muß.

Wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, so werden sich die Kräfte der Arbeiterschaft aufreiben, die Feinde der Arbeiterklasse werden freie Bahn bekommen und Steuern und Industrieorganisationen ihren Wünschen vollkommen anpassen. Das politische Gewicht der deutschen Sozialdemokratie leidet in einer Periode weltgeschichtlicher Entscheidungen auf das schwerste.

Die Sozialdemokratie in Bayern, die diesen Zustand und seine Weiterentwicklung auf das tiefste beklagt, wird alles daran setzen, um die Einheit und Geschlossenheit der Partei in Bayern möglichst ungehindert zu erhalten.

Die Landeskonferenz sieht in der Zerstückelung der bayerischen Landesorganisation die Preisgabe zahlreicher wichtiger Positionen. Sie erhofft, daß eine in Bayern einzig bleibende Sozialdemokratie die beste Voraussetzung sein wird für den baldigen Zusammenschluß der deutschen Arbeiterklasse.

Deshalb verurteilt die Konferenz unter Hinweis auf den Beschluß der Konferenz vom 9. April 1916 auf das entschiedenste alle Bestrebungen zur Errichtung von Sonderorganisationen.

Bei aller Aufrechterhaltung einer unverfälschten Disziplin soll nach wie vor in voller Sachlichkeit und gegenläufiger Duldsamkeit der Austausch der Meinungen über grundsätzliche und taktische Fragen innerhalb unserer Organisation erfolgen. Immer mit dem ausschließlichen Ziele, alle geistige und organisatorische Kraft in den Dienst der Überwindung der Schrecken und Folgen dieses Krieges und der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten zu stellen.

Die Konferenz erwartet von allen Parteigenossen, daß sie im Sinne dieser Entschlieung mit aller Hingabe und allem Ernste in ihren Organisationen wie in der Parteipresse wirken werden.

Die Entschlieung wurde mit 64 gegen 32 Stimmen angenommen. Wie die Regierungssozialisten sich entwickelt haben, gibt es eine innere Gemeinschaft mit ihnen nicht mehr. Alle auf dem Boden der Opposition stehenden Genossen müssen dieser Gesellschaft endgültig den Rücken kehren und ihren Anschluß an die Organisation der Opposition unverzüglich vollziehen. Es darf und kann kein Genosse die Sozialpartei in irgendeiner Weise hängen. Sie haben ein für allemal das Recht verwirkt, als Vertreter des Proletariats angesehen zu werden. Jedes Bögen hinkt die Regierungssozialisten. Es muß jetzt gehandelt werden!

### Berliner Lebensmittelfragen.

Am 15. April wird die Kürzung der Brotration praktisch werden. Für Arbeiterfamilien, insbesondere für Arbeiter und Frauen, die den ganzen Tag von Hause fort sind, wird diese Kürzung außerordentlich schmerzhaft sein. Als Ersatz für die Herabsetzung der Brotration ist eine Heraushebung der Kartoffelmengen in Aussicht genommen, auch das Fleischquantum soll um 100 Gramm wöchentlich erhöht werden.

Den Teilnehmern an der Volksspeisung werden von den 10 Abschnitten der Kartoffelkarte 6 Abschnitte für die ganze, 3 Abschnitte für die halbe Portion abgetrennt. Von der Reichsleischkarte werden nach wie vor 7 Abschnitte für die ganze, 3 Abschnitte für die halbe Portion fortgenommen.

Die zur Ausgabe gelangten Gemüsekonserven haben nicht überall zugereicht. Es wird bekannt gegeben, daß alle diejenigen, die bisher Konserven nicht bekommen haben, solche noch erhalten. An den Säulen wird Näheres noch bekannt gemacht. Bei einer Anzahl Händler lagern noch Gemüsekonserven, die noch verteilt werden.

### Aus der Zeit.

**Höchstpreise für Austern.** Sollte man es für möglich halten, daß auch Höchstpreise für Austern festgesetzt worden sind. In einer Notiz in der „Deutschen Tages-Zeitung“ lesen wir:

„Die Einfuhr von Austern ist seit einigen Wochen wieder ausgenommen. Ausschlaggebend für die Wiederzulassung der Austereinfuhr war die Erwägung, daß der Austernkonsum zweifellos im gewissen Umfange eine Entlastung des Fischkonsums bedeutet. Die Austern werden durch die J. E. G. den bisherigen Importeuren zugeführt. Es dürfen weder im Kleinhandel noch in Gasthäusern höhere Preise berechnet werden als 2,50 Mk. für 10 Stück Austern. Zu diesem Preise müssen die Austern auf Wunsch geöffnet geliefert werden.“

Demnach scheinen Austern als ein notwendiges Lebensmittel angesehen zu werden, für die man Höchstpreise festsetzen mußte. Da wären Höchstpreise für Gänse weit eher zu verstehen gewesen.

### Druckfehlerberichtigung.

In Nr. 2 muß es in der zweiten Zeile des Artikels über das preussische Herrenhaus nicht verruchte heißen, sondern veruruchte.

### Arbeiterbildungsschule.

Sonntag, den 15. April, findet der vierte und letzte Vortrag der Vortragsfolge über Ludwig van Beethoven statt. Genosse Leo Kestenberger wird im besonderen behandeln: Verlust des Gehörs, Neugierde, Einsamkeit, innere Größe. Die letzten Werke. Die Bedeutung Beethovens für die Kunst, für die Menschheit.

Der Vortrag wird durch Beispiele am Klavier und Gesangsvorträge erläutert. Anfang pünktlich 8 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf.

Die Bibliothek der Schule ist von jetzt an nur Donnerstags abends von 7/8—1/2 9 Uhr geöffnet und kann von jedermann gegen Vorzeigung einer entsprechenden Legitimation (Hörerkarte, Mitteilungsbuch usw.) unentgeltlich benutzt werden. Die Mitglieder der Groß-Berliner Wahlvereine seien darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen die Bibliothek zur Verfügung steht.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 15. April, vorm. 9 Uhr, Pappelallee 15/17; Neukölln, Idealcasino, Reichelstraße 8, Oberichdneweide, Clarastraße 2; Freireligiöse Versammlung. Vorm. 10/11 Uhr, Kleine Frankfurterstraße 6; Vortrag von Herrn Ernst Dänmög: „Wanderungen durch die Kirchengeschichte“; III. Die ersten urchristlichen Gemeinden. Gäste willkommen.

#### Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Vehrkunde haben nächste Woche abends 8/9 Uhr: I. bis 6. Abteilung, Montag, den 16. April 1917, Köpenickerstraße Nr. 62. Vortrag: Nach dem Vortrage praktische Verbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Jugendaktion Berlin VI. Am Mittwoch, den 18. April, abends 8/9 Uhr, findet im Lokale von Fies, Brunnenstraße 101, eine Zusammenkunft der jugendlichen Genossinnen und Genossen statt.

### Quittung.

Ueberschuß vom Märzfranz von den Arbeitern der Firma Auer 165 Mk.

1. Preis, Feischabend der 35. Abteilung 10 Mk.  
Für Agitation: Frau Peters (Weihen) 1 Mk.  
Für Unterstützung Gemahrealter: Durch Angekannnt der Zentralkasse überwiesen 5 Mk.  
Für Unterstützung Inhabiter: Von Genossen Wilhelm (Wahwirtsartitel) 3 Mk.

### Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.

Mittwoch, den 18. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ner 15:

### Mitglieder - Versammlung

Tagesordnung: Bericht über die Reichskonferenz. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

#### 4. Wahlkreis.

Am 29. November 1916 verstarb an seinen Verwundungen im Alter von 80 Jahren der Deleatour

#### Wilhelm Schulz

Liegnitzer Straße 3, Bezirk 206.

Am 9. März verstarb an seinen Verwundungen im Alter von 26 Jahren der Maschinenarbeiter

#### Ernst Hennig

Stöbinger Straße 45, Bezirk 482.

Am 2. April fiel im Alter von 36 Jahren der Kernmacher

#### Max Holland

Reichenbergerstr. 159, Bezirk 157.

### Sozialdem. Wahlverein Nieder-Sarnim. Bezirk Weiskensee.

An den Folgen des Weltkrieges starb unser Genosse, der Stenograph

#### Karl Rupsch

Gruppe 16.

#### Bezirk Reinickendorf-Ost.

Als Opfer des Krieges verstarb am 6. d. Mt. unser langjähriges Mitglied, der Gastwirt

#### Richard Käsler

im Alter von 37 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Wahlkreis.

#### 4. Wahlkreis.

Am 2. April verstarb unsere Genossin

#### Hedwig Schwarzer.

Am 8. April verstarb unser Genosse, der Tischler

#### Johannes Huber

Stralauer Platz 5, Bezirk 290.

Am 4. April verstarb unser Genosse, der Gewerkschaftsangehörige

#### Konstantin Jahn

Pantoweststraße 8, Bezirk 172.

Am 2. April 1917 verstarb unser Genosse, der Zigarrenmacher

#### Hermann Hoffmann

Voigtstr. 12, Bezirk 369.

Am 2. April verstarb unsere Genossin

#### Marie Rißling

Cadinerstraße 22, Bezirk 332.

#### 6. Wahlkreis.

Am Dienstag, den 3. April, verstarb unser Genosse, der Schankwirt

#### Heinrich Rode

Teichstr. 9, 16. Abt., Bez. 707.

Am Mittwoch, den 4. April, verstarb unser Genosse, der Schuhmacher

#### Franz Friedrich

Schönhauser Allee 102, 6. Abt., Bez. 567.

Am Dienstag, den 10. April, verstarb unser Genosse

#### Otto Brunke

6. Abteilung, 571. Bezirk.

#### Wahlverein Neukölln.

Am 5. April verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden infolge einer Darmoperation unser Genosse, der 55 Jahre alte Privatsekretär

#### Joachim Klüs

Berliner Str. 76, 5. Bezirk.

Der Verstorbene hat ein Menschenalter für die sozialdemokratische Partei seine besten Kräfte eingesetzt. Ehe er nach Neukölln kam, war er lange Jahre in Kiel tätig gewesen, u. a. auch als Redakteur an dem dortigen Parteiblatt. Sein gerader Charakter und unerschrockenes Eintreten für seine Ideale brachten ihn vor Jahresfrist in die Schutzhaft, wo er 9 Monate lang eingekerkert war. Seine körperlichen Kräfte wurden durch diese lange Haft und die Behandlung sehr geschwächt, und mit dem Keim der Krankheit verließ er das Gefängnis. Nach kurzem Genuß der Freiheit wurde er auf das Krankenlager geworfen, von wo ihn der Tod schnell abberief. Ein ehrendes Andenken werden ihm alle bewahren, die ihn gekannt haben.

#### Wahlverein Adlershof.

Am 2. Feiertag starb nach langer Krankheit unser treues Mitglied, der Arbeiter

#### Karl Schmidt.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 15. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Adlershof statt.

Um rege Beteiligung bitten: Der Vorstand.

Ehre ihrem Andenken!